



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat 392

Yannick Gauch und Nora Peduzzi
namens der SP/JUSO-Fraktion
vom 6. März 2020
(StB 563 vom 26. August 2020)

**Wurde anlässlich der
Ratssitzung vom
4. Februar 2021
abgelehnt.**

Zeit für mehr Demokratie!

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Die SP/JUSO-Fraktion will in der Stadt Luzern neue Formen der Partizipation und der direkten Demokratie erproben. Sie verweist dabei auf realisierte Partizipationsprozesse in Irland, Deutschland und den USA sowie in Sion im Kanton Wallis. Die Stadt Luzern führe zwar etliche partizipative Begleitprozesse durch, die in ihrer konkreten Ausgestaltung jedoch defizitär seien, weil primär Interessenverbände zur Sprache kämen. Die Postulantin und der Postulant schlagen daher eine themenspezifisch einberufene «Bürger*innen-Kommission» vor, deren Mitglieder die Stadtbevölkerung repräsentativ abbilden sollen. Sie äussern klare Vorstellungen über das Vorgehen bei der Entscheidungsfindung. Als Resultat der Beratung in der Bürger*innen-Kommission (Deliberation) ist eine inhaltlich differenzierte Empfehlung an die entscheidende Instanz (Stimmbevölkerung, Exekutive, Legislative oder Verwaltung) vorgesehen.

Der Stadtrat geht mit der Postulantin und dem Postulanten einig, dass es die direktdemokratischen Mittel zu schützen und – wo angezeigt – anzupassen gilt. Ebenso anerkennt er, dass oft Minderheiten vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind, insbesondere bei Wahlen und Abstimmungen. Hingegen hat der Stadtrat grosses Vertrauen in die schweizerischen, direktdemokratischen Prozesse. Wahlen finden fair und transparent statt; Abstimmungserläuterungen werden für alle Staatsebenen mit Sorgfalt erstellt. Auf Bundesebene bietet easyvote.ch, ein Angebot des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente, einfach verständliche Informationen.

Umfrageergebnisse aus Oregon, wonach die Stimmberechtigten dem Bericht der «Citizens' International Review»-Gruppe mehr Vertrauen schenkten als den Informationen der Behörden, lassen sich nicht ohne Weiteres auf die hiesigen Verhältnisse übertragen. Weltweit hat die Bevölkerung nirgends mehr Möglichkeiten, sich in politische Prozesse einzubringen, als in der Schweiz. Nirgendwo sind die direktdemokratischen Mittel so umfassend ausgebaut wie in der Schweiz. Rund ein Viertel aller gesamtstaatlichen Referendumsabstimmungen weltweit finden in der Schweiz statt. Unter Einbezug der kantonalen Vorlagen geht man davon aus, dass weltweit jede zweite Referendumsabstimmung in der Schweiz stattfindet. Das Instrument der Volksinitiative ist weltweit lediglich in 23 Staaten verfassungsmässig verankert. Zu den direktdemokratischen Mitteln gehören neben

Wahlen und Abstimmungen, zu denen in einigen Kantonen und Gemeinden auch Teile der ausländischen Bevölkerung zugelassen sind, insbesondere Antragsrechte auf allen Staatsebenen. In der Stadt Luzern steht das Bevölkerungsantragsrecht auch volljährigen Personen mit einer Niederlassungsbewilligung zu sowie dem Kinder- und dem Jugendparlament (Art. 29a Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999, GO; sRSL 0.1.1.1.1). In diesem Zusammenhang sind auch einige der insgesamt 22 stadträtlichen Kommissionen zu erwähnen. Namentlich die Integrationskommission und das Forum Luzern60plus bieten einzelnen Bevölkerungsgruppen eine Plattform für deliberative Diskurse. Die Mitsprachemöglichkeiten sind in Luzern gross und stehen – in unterschiedlicher Ausprägung – der überwältigenden Mehrheit offen.

Die Stadt Luzern lädt schon heute häufig zur Partizipation ein. Die im Vorstoss vorgebrachte Disqualifikation als «Pro-forma-Übungen» weist der Stadtrat zurück. Auch werden Interessenverbände nicht «in erster Linie», sondern dort eingebunden, wo es sinnvoll ist. Um die partizipativen Planungsprozesse situations-, projekt- oder quartierbezogen zu gestalten, wurden sie direktionsübergreifend systematisiert und in einem Leitfaden und einem Handbuch aufgearbeitet. Den Projektleitenden stehen verschiedene Arbeitshilfen zur Verfügung, welche der Zielgruppe entsprechend eingesetzt werden. Dabei werden inzwischen auch digitale Methoden genutzt, über welche eine breitere Bevölkerung angesprochen werden kann, kombiniert mit analogen Methoden wie Veranstaltungen oder aufsuchendem Einbezug vor Ort. Wichtig ist dabei, die Partizipationsmöglichkeiten auf den Einzelfall abzustimmen und gezielt dort einzusetzen, wo realer Gestaltungsfreiraum besteht. Mitwirkungsverfahren sollen etwas bewirken können. Gleichzeitig dürfen keine unerfüllbaren Erwartungen bei den Teilnehmenden von Partizipationsprozessen geweckt werden.

Die vorgeschlagene Bürger*innen-Kommission würde eine aufwendige Organisation verlangen und lässt diesbezüglich viele Fragen offen, die im Falle der Überweisung des Postulats zu klären wären. Beispielsweise: Zu welchen Sachgeschäften wäre die Bürger*innen-Kommission anzuhören? Sollte dies bei jeder kommunalen Sachabstimmung sein, wäre die Bürger*innen-Kommission mehrmals jährlich einzuberufen. Sollte die Bürger*innen-Kommission gar andere partizipative Gefässe ersetzen, müsste sie noch viel häufiger einberufen werden. Liesse sich dies mit der Berufs- und Familiensituation der Mitglieder vereinbaren? Die im Postulat angesprochene Kinderbetreuung ist nur ein Hindernis neben zahlreichen anderen. Finden sich auf freiwilliger Basis genügend Personen, die willens sind, sich so häufig und thematisch breit zu engagieren, faktisch aber keine Entscheidungsbefugnis haben? Oder gestützt auf welche Rechtsgrundlage liessen sich diese verpflichten? Wie hoch müsste die Entschädigung sein, damit den Mitgliedern keine finanziellen Schäden entstehen? Sollte die Bürger*innen-Kommission hingegen nur sporadisch zu ausgesuchten Sachfragen einberufen werden: Wer entscheidet, zu welchen Geschäften sich diese äussern soll?

Die beiliegende, weder aktuelle noch vollständige Übersicht über laufende partizipative Prozesse macht deutlich, wie viel Engagement von der Bevölkerung verlangt wird. Tatsächlich besteht dabei die Gefahr, dass sowohl Motivation als auch zeitliche Verfügbarkeit nur von wenigen Einzelpersonen erbracht werden kann. Weite Kreise, insbesondere weniger privilegierte Menschen, bleiben aussen vor – nicht, weil sie nicht berücksichtigt werden, sondern weil andere Umstände sie davon abhalten. Um notorisch untervertretene Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben

zu lassen, erachtet der Stadtrat eine Bürger*innen-Kommission nicht als zielführend. Er will lieber die bestehenden indirekt- und direktdemokratischen Gefässe vom Grossen Stadtrat über das Kinder- und das Jugendparlament bis zu den zahlreichen projektbezogenen Partizipationsprojekten nützen und die Antragsrechte propagieren. Namentlich würde der Stadtrat begrüessen, wenn die kantonale Verfassung so angepasst würde, dass das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer zumindest auf kommunaler Ebene ermöglicht würde. Die Möglichkeit eines kommunalen Stimmrechtes für Ausländerinnen und Ausländer in Gemeindeangelegenheiten wurde bei der Revision der Staatsverfassung im Jahr 2007 vorgeschlagen, diskutiert und schliesslich verworfen.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern



Partizipative Prozesse in der Stadt Luzern

Prozesse und Anlässe mit Beteiligung von Bevölkerung oder Interessevertretungen

Thema/Projekt	Status	Anlass/Format	Zielgruppe / Mitwirkungsteilnehmende	Quartier
Entwicklungskonzept Baselstrasse und Bernstrasse	aktuell	Ausstellung	Öffentlichkeit	Basel-Bernstrasse
Linkes Seeufer	aktuell	Workshop	Quartierkräfte	Tribschen-Langensand
Durchgangsbahnhof Luzern	aktuell	Mitwirkung	alle	Hirschmatt-Neustadt
Fluhmühle/Dammgärtli	aktuell	Information	Quartierbevölkerung	Udelboden
Zusammenführung BZO Luzern Littau	aktuell	Mitwirkung	alle	Stadt Luzern
Schulhaus St. Karli / Gestaltung Aussenraum	aktuell	Workshops	Bevölkerung, Vereine, Lernende	Basel-Bernstrasse
Machbarkeitsstudie Vorderruopigen	aktuell	Information	Quartierkräfte	Reussbühl
Umsetzung Motion 12 Revision RNÖG	abgeschlossen	Workshops	Gastronominnen/Kleingewerbe	Stadt Luzern
Fluhmühlepark	aktuell	Workshops	Quartierbevölkerung	Udelboden
Spielplatz St. Anton	abgeschlossen	Workshops	Quartierbevölkerung, Kinder	Tribschen-Langensand
Skateranlage Littau	abgeschlossen	Workshops	Quartierbevölkerung, Kinder	Reussbühl
Grünanlage Zwysigplatz	aktuell	Workshops	Quartierbevölkerung, Kinder	Wesemlin-Dreilinden
Strategieprozess Carregime	aktuell	Workshops	Stakeholder (v. a. Mobilität/Tourismus)	Stadt Luzern
Begegnungszone Bergstrasse	abgeschlossen	Information	Quartierbevölkerung	Hochwacht
Begegnungszone Jugiweg	aktuell	Information	Quartierbevölkerung	Maihof
Klima- und Energiestrategie 2020	aktuell	Workshop Echoraum	Stakeholder (verwaltungsextern) Bevölkerung	Stadt Luzern
Netzwerk Age-friendly Cities	aktuell	Gruppengespräche	Vertretungen Ältere Bevölkerung	Stadt Luzern
Strategieprozess Kultur	abgeschlossen	Workshop	Kulturschaffende	Stadt Luzern
Workshop der Sportvereine	abgeschlossen	Workshop	Sportvereine der Stadt Luzern	Stadt Luzern
Kulturdialoge	abgeschlossen	Dialog/Austausch	Kulturschaffende	Stadt Luzern
Neues Luzerner Theater / Erneuerung Theater am Thea	aktuell	Dialog/Austausch	Öffentlichkeit	Stadt Luzern
Vision und Strategie Smart City Luzern	aktuell	div. Projekte	Bevölkerung der Stadt Luzern	Stadt Luzern
Umgestaltung Schulhausplatz Maihof	aktuell	Klassenbefragungen durch Schüler*innenrat	Schüler*innen	Maihof
Zwischennutzung Brache Rösslimatt, Tribschenstadt	abgeschlossen	Workshops	Kinder, ganze Quartierbevölkerung	Tribschen-Langensand
Schulhaus Moosmatt: Sanierung und Erweiterung	aktuell		Schülerinnen und Schüler / Quartierbevölkerung	Obergrund
Zimmereggwiese	aktuell	Echoraum	Kinder und Jugendliche	Udelboden/Reussbühl
Gesamtsanierung und Erweiterung Schulhaus Littau Dor	aktuell	Workshops	Quartierbevölkerung	Littau Dorf und weitere
Vision Tourismus Luzern 2030	aktuell	Workshop	Stakeholder	Stadt Luzern
Schulhaus Rönnimoo: Ergänzungsneubau	aktuell	div. Formate	Kinder, Schulpersonal, Quartierbevölkerung	Littau Dorf/Matt/Rönnimoo